

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Karin Roth (Esslingen), René Röspel,
Dr. Sascha Raabe, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/10096 –**

Für eine Generation frei von Aids/HIV bis 2015 – Anstrengungen verstärken und Zusagen in der Entwicklungspolitik einhalten

A. Problem

Einerseits ist festzuhalten, dass Ende 2010 laut UNAIDS (UNAIDS: Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen zur Reduzierung von HIV/AIDS) weltweit immer noch schätzungsweise 34 Millionen Menschen mit HIV lebten. Im selben Jahr gab es 2,4 bis 2,9 Millionen Neuinfektionen, etwa 1,8 Millionen Menschen starben an Aids bzw. damit in Zusammenhang stehenden Krankheiten. In Osteuropa, Russland und Zentralasien gab es eine Steigerung der Neuinfektionen von 250 Prozent zwischen 2001 und 2010. Der „Universal Access“, durch den allen Menschen bis 2010 der Zugang zu Prävention, Behandlung, Betreuung und Unterstützung gewährleistet werden sollte, ist dementsprechend nicht erreicht worden. Besorgniserregend dabei ist, dass in 2010 weiterhin 390 000 Kinder mit HIV infiziert wurden. 90 Prozent dieser Kinder werden durch die Mutter infiziert, etwa während der Geburt oder später über die Muttermilch. Häufig wissen die Betroffenen entweder gar nichts von ihrer Erkrankung, werden nicht richtig über das notwendige Verhalten aufgeklärt, oder es findet keine Behandlung statt, weil es kein ausreichendes Gesundheitssystem oder keinen Zugang zu den lebenswichtigen Medikamenten gibt. Wird die Mutter aber nicht behandelt, steckt sich eines von drei Kindern an. 2009 lebten weltweit 2,5 Millionen Kinder unter 15 Jahren mit HIV/Aids, 90 Prozent davon in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Die internationale Gemeinschaft wollte bis zum Jahr 2010 für mindestens 80 Prozent aller HIV-infizierten Schwangeren einen Zugang zu medizinischer Versorgung gewährleisten, aber sie hat dieses Ziel lediglich in den vier Ländern Botswana, Namibia, Swasiland und Südafrika erreicht. Trotz einiger Fortschritte erhielten 2009 nur 53 Prozent aller HIV-positiven Frauen Medikamente und medizinische Versorgung. Außerdem hatten nur 26 Prozent aller Schwangeren einen Zugang zu HIV-Tests, durch den sie von ihrer Erkrankung erfahren hätten und so eine Virusübertragung auf das Kind hätten verhindern können. Dabei suchen 70 Prozent aller Frauen während ihrer Schwangerschaft einen Arzt oder

eine Gesundheitsstation auf, was eine sehr gute Gelegenheit wäre, HIV-Test, -Beratung, -Betreuung und -Behandlung anzubieten.

Andererseits befinden wir uns an einem möglichen Wendepunkt im Kampf gegen HIV/Aids, denn die wissenschaftlichen Fortschritte geben Grund zur Hoffnung. Aber es bleibt viel zu tun, auch wenn es in einigen Bereichen große Fortschritte gibt. Sowohl die Zahl der HIV-Neuinfektionen als auch die mit Aids zusammenhängenden Todesfälle sind auf das niedrigste Niveau seit dem Höhepunkt der Epidemie gefallen. Die Neuinfektionen gingen seit 1997 um 21 Prozent zurück, die Zahl der Todesfälle um ebenfalls 21 Prozent seit 2005. Nach Schätzungen von UNAIDS und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nutzten im Jahr 2010 etwa 47 Prozent (6,6 Millionen) der schätzungsweise 14,2 Millionen Infizierten in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen die lebensrettende Therapie mit antiretroviralen Medikamenten. Einen unschätzbaren Beitrag zu den Erfolgen im Kampf gegen HIV/Aids leistet der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria, GFATM.

Dieser Schwung muss nun genutzt werden, um die Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 zu erreichen, und somit müssen die Anstrengungen verstärkt werden, um eine Generation frei von HIV/Aids zu erreichen und die Mutter-Kind-Übertragungen bis 2015 zu stoppen. Zu diesem Ziel hat sich auch die Bundesregierung im Jahr 2011 auf der UN-Generalversammlung erneut verpflichtet. Diese angestrebte aidsfreie Generation muss also Leitbild und Grundelement für die weltweite Verwirklichung von Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Wohlstand werden. Der Ansatz der Vereinten Nationen umfasst vier Pfeiler: die Prävention von HIV-Infektionen unter künftigen Müttern und Vätern, die Vermeidung ungewollter Schwangerschaften durch die Bereitstellung von Diensten der reproduktiven Gesundheit und Familienplanung, die Verhinderung der vertikalen Übertragung durch die Vergabe antiretroviraler Medikamente an HIV-positive Schwangere sowie die Behandlung, Betreuung und Unterstützung HIV-infizierter Mütter, ihrer Kinder und Familien. Ihm muss politisch eine hohe Priorität eingeräumt werden und er sollte gleichzeitig Leitbild des Handelns des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sein.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

E. Erfüllungsaufwand

Der Antrag macht keine Angaben über entstehenden Erfüllungsaufwand.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/10096 abzulehnen.

Berlin, den 28. November 2012

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dagmar G. Wöhrl
Vorsitzende

Sabine Weiss (Wesel I)
Berichterstatterin

Karin Roth (Esslingen)
Berichterstatterin

Helga Daub
Berichterstatterin

Niema Movassat
Berichterstatter

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Weiss (Wesel I), Karin Roth (Esslingen), Helga Daub, Niema Movassat und Uwe Kekeritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10096** in seiner 187. Sitzung am 28. Juni 2012 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen international und national zur Umsetzung der Zielvorgaben „Für eine Generation frei von HIV/Aids bis 2015“ zu verstärken. Sie solle dementsprechend die Mittel für die Entwicklungshilfe aufstocken, um den universellen Zugang zu Prävention, Behandlung, Betreuung und Unterstützung aller von HIV und Aids betroffenen Menschen zu erreichen und somit der eigenen Verantwortung zur internationalen Gemeinschaft gerecht zu werden.

Die Antragsteller fordern einen verbindlichen Plan für die stufenweise Erreichung des ODA-Quotenzieles von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE). Dabei sollten etwa 0,1 Prozent für den Bereich Gesundheit in den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden, um das Ziel einer aidsfreien Generation zu erreichen.

Es wird eingefordert, dass eine Zielgröße von 50 Mio. Euro pro Jahr zur Bekämpfung der Eltern-Kind-Übertragung von Aids und zur Bekämpfung von Aids bei Kindern im Einzelplan 23 des Bundeshaushaltsplans verankert wird. Zur Erreichung der Zielgröße sollen beispielsweise Mittel im Rahmen der Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung „Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit“ für den Bereich der Eltern-Kind-Übertragung eingesetzt werden.

Darüber hinaus soll der deutsche Beitrag an den Globalen Fonds mit eigenem Haushaltstitel in den Einzelplan 23 des Bundeshaushalts eingestellt werden, und eine Erhöhung des Beitrags auf 400 Mio. Euro umgesetzt werden sowie die Debt-2-Health-Initiative des Globalen Fonds zusätzlich weiter ausgebaut werden. Es wird gefordert, dass ein Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung des „Global Code of Practice“ der WHO bezüglich der Abwerbung von Gesundheitspersonal aus unterversorgten Ländern entwickelt und implementiert wird.

Die Bundesregierung soll außerdem auf die Veranstalter, die gastgebenden Länder und nationalen Komitees und Verbände der Fußball-WM 2014 und 2018 sowie der Olympischen Winterspiele 2014 einwirken, dass im Rahmen und im Vorfeld der sportlichen Weltereignisse auf das Thema Prävention von HIV/Aids in besonderer Weise hingewiesen wird.

Die Antragsteller fordern dazu auf, dass die Bundesregierung auf die Europäische Union einwirken solle, bei der Verhandlung von Handelsabkommen keine Bestimmungen einzuführen, die den Zugang zu kostengünstigen Generika für Entwicklungs- und Schwellenländer erschweren oder gar verhindern. Außerdem möge sich die Bundesregierung in der WTO dafür einsetzen, dass die den am wenigsten entwickelten Ländern gewährten Übergangsfristen für eine vollständige Implementierung des TRIPS-Abkommens im Bereich der Patentregelungen für Medikamente deutlich über die jetzige Frist von 2016 hinaus erweitert werden. Sie solle sich weiter dafür einsetzen, dass die bisher beschlossenen Regelungen für die Erlassung von Zwangslizenzen für den Export von patentierten Medikamenten in Entwicklungsländer ohne ausreichende eigene Herstellungskapazitäten für pharmazeutische Produkte im Hinblick auf ihre tatsächliche Anwendbarkeit überprüft und dann so angepasst werden, dass eine effektive Versorgung mit Generika für den eigenen Markt sichergestellt ist.

Innerhalb Deutschlands soll die Bundesregierung darauf einwirken, dass es für öffentlich finanzierte Forschungsinstitute verpflichtend wird, eigene Patente auf HIV/Aids-Produkte, deren Entwicklung und Erforschung mehrheitlich durch öffentliche Gelder finanziert wurden, an den internationalen Medicines Patent Pools (MPP) zu lizenzieren und die Lizenzierungsbedingungen so zu gestalten, dass alle Entwicklungs- und Schwellenländer die entsprechenden Generika nutzen können.

Als Anreiz für verstärkte Forschung seitens der Pharmaindustrie wird sie ferner aufgefordert, die Implementierung und Erforschung eines sog. Health Impact Fund (HIF) zu fördern. Die finanzielle Ausstattung einer zweiten Förderrunde für Produktentwicklungspartnerschaften in 2013 im Rahmen des Programms „Vernachlässigte und armutsassoziierte Krankheiten“ soll außerdem auf mindestens 20 Mio. Euro pro Jahr ausgeweitet werden. Schließlich wird von der Bundesregierung verlangt, dafür Sorge zu tragen, dass im 8. Forschungsrahmenprogramm die Themen Gesundheit sowie armutsassoziierte und vernachlässigte Krankheiten in angemessener Weise berücksichtigt werden.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/10096 in seiner 69. Sitzung, der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/10096 in seiner 106. Sitzung, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/10096 in seiner 86. Sitzung, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/10096 in seiner 81. Sitzung, der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/10096 in seiner 91. Sitzung, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/10096 in seiner 88. Sitzung und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/10096 in seiner 77. Sitzung am 28. November 2012 beraten. Die Ausschüsse emp-

fehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/10096 in seiner 69. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Die Fraktion der SPD weist zunächst auf den Welt-Aids-Tag hin und die tags darauf stattfindende Debatte. Man wolle den einen oder anderen Erfolg gar nicht klein reden, aber es müssten weitere Anstrengungen im Bereich der Bekämpfung von HIV/Aids unternommen werden. Die internationalen Vereinbarungen von 2001 seien nicht so erfolgreich gewesen, und so sei man bis zum heutigen Tage zu wenig vorgekommen. Das hänge auch damit zusammen, dass zu wenig Geld investiert würde. Man müsse jetzt noch die Chance nutzen, bis 2015 eine AIDS-freie Generation zu erreichen.

Die Erhöhung der finanziellen Zuschüsse für den GFATM von 200 Mio. Euro auf 400 Mio. Euro sei entscheidend, da dieser sehr gute Arbeit leiste. So habe er bis 2012 1,5 Millionen Schwangere betreut und 25 Prozent aller Medikamente für deren Behandlung verteilt. Wenn dort die Mittel in den nächsten Jahren erhöht würden, dann würden weitere Erfolge sichtbar werden. Eine Aids-freie Generation würde auch finanziell und wirtschaftlich für die entsprechenden Länder einen enormen Vorteil mit sich bringen.

Die Fraktion der SPD fordere die Bundesregierung mit dem Antrag auf, die Chance zu nutzen, in einer konzertierten Aktion die vorhandenen Medikamente für Schwangere und Kinder zu verteilen. Bei der Aufklärung von Jugendlichen, der richtigen Dosierung von Medikamenten und vor allen Dingen bei der Information und Beratung innerhalb der HIV-gefährdeten Gruppen, wie Sex-Arbeiterinnen oder Homosexuelle sei noch Erhebliches zu leisten. Hier könne man für weitere Verhandlungen der Postmillenniumsziele Zeichen setzen. Es gehe der Fraktion der SPD mit ihrem Antrag auch darum, die Aktivitäten jetzt zu verstärken, damit die Aids-freie Generation bis 2015 erreicht würde.

Die Fraktion der CDU/CSU weist darauf hin, dass der vorliegende Antrag Daten und Fakten richtig zusammenfasse. Das sei eine schöne Zusammenstellung und auch der aktuelle HIV/Aids-Jahresbericht gebe Anlass zur Hoffnung. Zur Verdoppelung der Mittel für den GFATM wolle sie klarstellen, dass man drittgrößter Geber sei. Man solle also nicht immer nur kritisieren. Wenn die Opposition ihre Forderungen wirklich durchsetzen wolle, dann müsste es so formuliert sein, dass es konsensfähig wäre.

Wenn man sich den SPD-Kanzlerkandidaten in der vergangenen Woche mit dem Vorwurf angehört habe, dass die Regierung die Chance vertan habe, noch einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, heiße es jetzt: Sparen, Sparen, Sparen! Wer glaube denn ernsthaft, dass ein Haushalt mit einer Beitragssteigerung für den GFATM von 400 Mio. Euro oder die

zum Erreichen der ODA-Quote nötigen 1,4 Mrd. von dem Kanzlerkandidaten eingesetzt worden wäre. Das gehöre in das Reich der Phantasie. Bei aller Wichtigkeit des Antrags werde die Fraktion die 30 Forderungen, die zum Teil schon Realität und in der Umsetzung seien, nicht allen Ernstes unterstützen. Deswegen werde die Fraktion der CDU/CSU den Antrag heute und auch morgen ablehnen müssen.

Im Übrigen würden sich Anträge, in denen der Vorwurf erhoben werde, „...dass die Bundesregierung, wie bei allen internationalen Verpflichtungen in Bezug auf Gesundheit in Entwicklungsländern den vollmundigen Ankündigungen keine Taten folgen lässt ...“ selbst disqualifizieren. Im Grunde könnte die Ablehnung in der morgigen Debatte auf diesen Punkt reduziert werden.

Die Fraktion der FDP betrachtet bei der Bewertung des Erreichten in der HIV/Aids-Bekämpfung im Gegensatz zur Opposition das Glas als eher halb voll und nicht halb leer. Schon heute betrachte die Bundesregierung die Eindämmung von HIV und Aids als eine der größten Herausforderungen für die deutsche Entwicklungspolitik. Die geforderte Aufstockung des jährlichen Beitrags zum Globalen Fond auf 400 Mio. Euro sei derzeit utopisch, nicht nur aus finanzieller Sicht. Vielmehr habe dieser angesichts des Reformprozesses derzeit nicht die notwendige Absorptionsfähigkeit. So habe der GFATM beispielsweise erst kürzlich in Uganda aufgedeckt, dass Mittel falsche Wege gegangen seien. Man müsse, bevor man über Aufstockungen reden könne, dahin kommen, dass nicht nur die Geber-, sondern auch die Nehmerländer ihrer Verantwortung gerecht würden.

Die Finanztransaktionssteuer ist zwar beschlossen, die in dem Antrag geforderten finanziellen Aufstockungen könnten aber bei weitem nicht durch das zu erwartende Steueraufkommen gedeckt werden. Darüber hinaus könne man nicht davon ausgehen, dass die Erlöse nur dem Einzelplan 23 zugutekommen würden. Die Liste der Forderungen ließe Realitätssinn vermissen, vor allem im Hinblick auf die Finanzierbarkeit. Es gebe schon jetzt viele Ansätze, die das Thema Aids-freie Generation positiv vorantreiben würden und die Behauptung, die Bundesregierung erfülle ihre internationale Verpflichtung nicht, treffe nicht zu. Das Antragsziel an sich sei ein löbliches, aber die Fraktion der FDP werde gegen den Antrag stimmen, da die aufgestellten Forderungen eher einem Wunschzettel ähnelten als einem seriös durchdachten Antrag.

Die Fraktion DIE LINKE. bedauert es, dass die Beilegung des eigenen Antrags zur Forschungsförderung im Plenum von der Fraktion der SPD verhindert worden sei. Dabei hätte sich nämlich gezeigt, dass es viele Übereinstimmungen gebe. Man stimme mit der Fraktion der SPD überein bei deren Forderungen zu Global Code und GFATM, zur multilateralen ODA und zum Forschungsrahmenprogramm, zu den TRIPS-Fristen und -Flexibilitäten. Ähnliches finde man fast gleichlautend im Antrag der Fraktion DIE LINKE. Auch zu Patenten und Handelsabkommen habe man gleichgerichtete Forderungen formuliert, wenn auch an einigen Stellen etwas konkreter und verbindlicher. Man mache darauf aber kein Patent geltend, und deshalb werde man dem Antrag Fraktion der SPD zustimmen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht in dem vorliegenden Antrag der Fraktion der SPD viele positive Ansätze. Mit den eingesetzten Mitteln sei bereits sehr viel

erreicht worden. Nunmehr gehe es darum, das halbvolle Glas noch ein wenig voller zu machen. Die Entwicklung in Deutschland selber zeige, dass es 78 000 HIV-Infizierte gebe und die Tendenz sei seit den 90er-Jahren gering steigend. Es gebe ein hervorragendes Gesundheitssystem, ein Versicherungssystem, ein hohes Bildungsniveau und eine hervorragende Aufklärung. Trotz der ganzen Maßnahmen sei es aber nicht gelungen, das Problem zu lösen.

Der Antrag sei fachlich gut begründet, aber gleichwohl werde sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten. Grund hierfür sei der geforderte Aufwuchs beim GFATM auf 400 Mio. Euro, wenngleich auch die Grünen einen Aufwuchs fordern. Der Globale Fonds sei weltweit das zentrale Organ für die Aids-Bekämpfung und müsse unterstützt werden, aber er befinde sich in einem Transformationsprozess und benötige noch ein bis zwei weitere Jahre, bis er eine entsprechende Absorptionsfähigkeit erreicht habe.

Berlin, den 28. November 2012

Sabine Weiss (Wesel I)
Berichterstatlerin

Karin Roth (Esslingen)
Berichterstatlerin

Helga Daub
Berichterstatlerin

Niema Movassat
Berichterstatter

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

